

es ihm nicht schwer, die Politik Wohlebs abzulehnen und den „Zusammenschluß Baden-Württemberg“ zu fordern. Dieser sollte auch den „überspannten Staatsapparat eindämmen, der durch die Zwergstaaten . . . steuerlich einfach untragbar für die Bevölkerung ist. Nach der Konferenz auf dem Hohenneuffen (1948) meinte er, „wir in Südbaden sind bald soweit, daß wir als das störrische Kind im deutschen Verbandsverbande gesehen werden, und es muß uns beschämen, wie deutsche Bestrebungen von Freiburg aus sabotiert werden“. Unverständlich war für ihn „der Kleinkrieg gegen Württemberg“, der damals soweit ging, daß an der badisch-württembergischen Grenze ortsfremde Gendarmerie aufzog, um etwaige Obst- und Gemüseausfuhr von Baden nach Württemberg zu verhindern. „Des Bürokraten Wille ist nicht des Volkes Wille“ meinte er dazu in einem Leserbrief, diesbezüglich auch von einem ihm befreundeten Abgeordneten des Landtags in Freiburg unterstützt, der ihm vom „Landtäglein“ schrieb, das bald „in die Luft fliegen“ solle, „um der Volksvertretung eines größeren und daher wirkungsvolleren Staates Raum zu geben. Ich verabscheue die Kleinstaaterei“. ⁵⁵ Wie sehr diese Auffassung der offiziellen Politik zuwiderlief, erfuhr G. Trautwein bei einer Besprechung mit dem französischen Gouverneur de Rendinger, sonst ein Anhänger einer deutsch-französischen Verständigung: Er hielt ihm die französische Sicherheit entgegen, der Südweststaat könne die Vorstufe zur Neubildung des „Reiches“ sein, das in Frankreich abgelehnt werde. „Alle meine Argumente, daß der Südweststaat für uns Deutsche aus wirtschaftlichen Gründen notwendig sei, fielen auf unfruchtbaren Boden“. ⁵⁶

Ab Sommer 1949 stand die parteipolitische Tätigkeit G. Trautweins ganz im Zeichen der bevorstehenden Wahl zum ersten deutschen Bundestag. „Diese Wahl wird entscheiden, ob Männer ins deutsche Bundesparlament kommen, die den festen Willen haben, mit der überlebten Zwangswirtschaft aufzuräumen und der freien Wirtschaft wieder zum Zuge zu verhelfen, die allein geeignet ist auf dem Weltmarkt wieder festen Fuß zu fassen und damit Arbeit und Verdienst ins Land zu bringen . . .“, schrieb er in seinen persönlichen Einladungen zu den jetzt anlaufenden Parteiversammlungen. Nach Schiltach hatte er wieder Dr. Wäldin geladen, der hier über das Thema „Mit uns für Deutschland“ sprach. In diesem Wahlkampf wurden neben Plakaten und Flugblättern erstmals auch Lautsprecherwagen und Kinoreklame eingesetzt. Der Wahltag, der 14. 8. 1949, brachte im Kreis Wolfach der CDU 59 %, der SPD 24 %, der FDP 12 %, der KPD 3 % und der SZT 2,8 %. In Schiltach war die FDP mit 371 Stimmen nach der SPD (508) zweitstärkste Partei geworden, die CDU erhielt hier 188 und die KPD 81. Von diesem Ergebnis doch etwas enttäuscht, gab er die Hauptschuld einem in letzter Stunde von der SPD herausgegebenen Flugblatt, „in welchem die CDU und die bösen Demokraten für die Währungsreform, die steigenden Preise, schlechten Löhne, niederen Renten angeprangert werden. So recht Klassenkampf liest man daraus.“ Auf der anderen Seite sei es „die sehr starke Agitation“ der CDU gewesen; ihr erwarteter Rückgang